

Tennisclub Warthausen e.V.

Satzung

§ 1 – Name und Sitz

1. Der Verein führt die Bezeichnung "Tennisclub Warthausen e.V.". Er hat seinen Sitz in 88447 Warthausen und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Biberach eingetragen.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
3. Der Verein ist Mitglied des Württembergischen Landessportbundes (WLSB). Der Verein und seine Mitglieder anerkennen als für sich verbindlich die Satzungsbestimmungen und Ordnungen des WLSB und dessen Mitgliedsverbände, deren Sportarten im Verein betrieben werden.

§ 2 – Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung, und zwar durch Förderung der körperlichen und seelischen Gesundheit der Allgemeinheit, insbesondere der Jugend durch Pflege des Tennissports und der Kameradschaft. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Ferner darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
2. Politische, rassistische oder religiöse Zwecke dürfen innerhalb des Vereins nicht angestrebt werden.

§ 3 – Mitgliedschaft

1. Ordentliches aktives und ordentliches passives Mitglied des Vereins ist jede männliche oder weibliche Person, in dem Kalenderjahr, in dem sie 19 Jahre alt wird.
2. Jüngere Mitglieder gelten als Jugendliche.
3. Die Aufnahme eines Mitgliedes erfolgt durch Beschluß des Gesamtvorstandes. Voraussetzung hierfür ist eine schriftliche Anmeldung. Bei Minderjährigen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich. Beschließt der Gesamtvorstand die Aufnahme, so hat das Mitglied eine Aufnahmegebühr zu bezahlen, deren Höhe die Hauptversammlung bestimmt. Die Ablehnung eines Aufnahmegesuchs ist schriftlich mitzuteilen; sie braucht nicht begründet zu werden.
4. Die Hauptversammlung kann auf Vorschlag des Gesamtvorstandes Personen, die sich um den Verein oder die Pflege des Tennissports besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.
5. Mit der Aufnahme anerkennt das Mitglied die Satzungen des Vereins und derjenigen Verbände, denen der Verein als Mitglied angehört, sowie den vereinseigenen Ordnungen und Richtlinien.

6. Die Mitgliedschaft erlischt

- a) durch Tod
- b) durch Austritt

Dieser kann nur durch eine schriftliche Erklärung auf Schluß des Geschäftsjahres erfolgen.

- c) durch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte
- d) durch Auflösung des Vereins
- e) durch Ausschluß aus dem Verein.

Dieser kann vom Gesamtvorstand nur beschlossen werden bei Beitragsverzug ohne wirtschaftliche Notlage, grobem oder wiederholtem unsportlichen Verhalten, bei unehrenhaftem oder vereinschädigendem Verhalten. Der Ausschluß ist durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Gegen den Ausschluß steht dem Mitglied nur ein Berufungsrecht an die Hauptversammlung zu. Bis zur Entscheidung durch die Hauptversammlung ruht die Mitgliedschaft.

§ 4 – Vereinsbeiträge

1. Die Höhe der einmalig zu zahlenden Aufnahmegebühr, des jährlichen Vereinsbeitrages und von Umlagen werden von der Hauptversammlung festgelegt.
2. Der Jahresbeitrag ist am 1. April fällig. Der Einzug des Jahresbeitrages soll mittels Abbuchungsverfahren erfolgen. Bei Zahlungsverzug können Mahngebühren erhoben werden, deren Höhe vom Gesamtvorstand bestimmt wird.
3. Ehrenmitglieder sind von der Zahlung der Aufnahmegebühr, des Vereinsbeitrages und von Umlagen befreit.

§ 5 – Organe

Die Organe des Vereins sind neben dem Vorstand im Sinne des § 26 BGB

- a) die Hauptversammlung (§ 7)
- b) der Gesamtvorstand (§ 8).

Alle Vereinsämter werden ehrenamtlich ausgeübt.

§ 6 – Der Vorstand

1. Gesetzlicher Vertreter i. S. des § 26 BGB ist der Vorstand, der aus dem 1. Vorsitzenden und dem 2. Vorsitzenden besteht. Die Vorstandsmitglieder sind einzelvertretungsberechtigt.
2. Der 1. Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte, soweit sie nicht einem anderen Gesamtvorstandsmitglied obliegen. Er kann in besonders dringlichen Angelegenheiten an Stelle des Gesamtvorstandes entscheiden; er muß in diesem Fall seine Entscheidung unverzüglich dem Gesamtvorstand bekanntgeben.
3. Der 1. Vorsitzende beruft die Sitzungen der Hauptversammlung und des Gesamtvorstandes ein und leitet sie.
4. Der 1. Vorsitzende kann zur Vorbereitung bestimmter Angelegenheiten für den Gesamtvorstand mit dessen Zustimmung Fachkommissionen bilden.

5. Der 2. Vorsitzende übt die Befugnisse des 1. Vorsitzenden im Falle dessen Verhinderung aus. Er kann vom 1. Vorsitzenden mit seiner Vertretung in bestimmten Angelegenheiten allgemein oder im Einzelfall beauftragt werden.

§ 7 – Die Hauptversammlung

1. Die Hauptversammlung ist zuständig für
 - a) Genehmigung des Jahresabschlusses und des Kassenberichtes
 - b) Entlastung des Gesamtvorstandes
 - c) Wahlen zum Gesamtvorstand
 - d) Festsetzung der Aufnahmegebühr, der Vereinsbeträge (Beitragsordnung) und von Umlagen
 - e) Aufstellung von Richtlinien für die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Verwendung der Jahreseinnahmen, sowie zur Entscheidung über einmalige Aufwendungen, die nicht aus den Einnahmen eines Geschäftsjahres aufgebracht werden können
 - f) Satzungsänderungen
 - g) Auflösung des Vereins
 - h) Beschlußfassung über Anträge des Gesamtvorstandes oder einzelnen Mitgliedern an die Hauptversammlung.
2. Alljährlich muß eine ordentliche Hauptversammlung stattfinden, die möglichst im ersten Vierteljahr des Geschäftsjahres abgehalten werden soll. Ihre Tagesordnung muß mindestens die Punkte nach Abs. 1, Buchstaben a, b, c und h enthalten.
3. Außerordentliche Hauptversammlungen finden statt, wenn sie der Gesamtvorstand zur Regelung wichtiger Vereinsangelegenheiten für erforderlich hält oder wenn sie von mindestens 25 % der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich und unter Angabe des gewünschten Beratungsgegenstandes beim 1. Vorsitzenden beantragt werden. Diese außerordentliche Hauptversammlung muß innerhalb von 8 Wochen nach Antragseingang stattfinden.
4. Die Hauptversammlung wird vom 1. Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Einberufung muß mindestens 2 Wochen vor dem Termin mit Angabe der Tagesordnung durch schriftliche Einladung (auswärtige Mitglieder) und durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgen.
5. Die Hauptversammlung ist beschlußfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen ist. Sie beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten. Stimmberechtigt sind die Mitglieder ab dem vollendeten 16. Lebensjahr. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
6. Beschlüsse über die Änderung der Satzung oder die Auflösung des Vereins dürfen nur gefaßt werden, wenn diese Punkte schon bei der Einberufung auf der Tagesordnung stehen. Zur Beschlußfassung ist hierbei eine Mehrheit von 3/4 der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.
Durch Beschluß einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder kann die Tagesordnung erweitert, ergänzt oder geändert werden (Dringlichkeitsantrag). Stimmenthaltungen werden nicht gewertet.
7. Wahlen erfolgen geheim mittels Stimmzettel. Wenn keines der anwesenden Stimmberechtigten widerspricht, kann auch offen durch Handerheben gewählt werden.

8. Der 1. und der 2. Vorsitzende sind einzeln und getrennt von den übrigen Mitgliedern des Gesamtvorstandes zu wählen. Erhalten sie jeweils im 1. Wahlgang nicht mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, so ist ein zweiter Wahlgang erforderlich, bei dem einfache Mehrheit genügt; bei Stimmengleichheit ist eine Stichwahl erforderlich. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.
9. Anträge von Mitgliedern an die Hauptversammlung zu nicht auf der Tagesordnung stehenden Punkten müssen spätestens 1 Woche vor der Hauptversammlung schriftlich dem 1. Vorsitzenden eingereicht werden.
10. Über den Verlauf der Hauptversammlung, insbesondere über die gefaßten Beschlüsse und das Ergebnis von Wahlen, ist vom Schriftführer ein Protokoll zu führen. Dieses ist vom Schriftführer und vom 1. Vorstand zu unterzeichnen.

§ 8 – Der Gesamtvorstand

1. Der Gesamtvorstand wird von der Hauptversammlung jährlich jeweils zur Hälfte für 2 Jahre gewählt. Er besteht aus:
 - a) dem 1. Vorsitzenden
 - b) dem 2. Vorsitzenden
 - c) dem Kassier
 - d) dem Schriftführer
 - e) dem Sportwart
 - f) dem Jugendwart
 - g) dem VergnügungswartDie Amtsperiode von a, c, e und g endet 1 Jahr vor/nach der Amtsperiode der anderen Gesamtvorstandsmitglieder. Ein Gesamtvorstandsmitglied kann mehrere Ämter bekleiden.
2. Der Gesamtvorstand ist das leitende Organ für die inneren Angelegenheiten des Vereins. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht in die Zuständigkeit der Hauptversammlung oder des 1. Vorsitzenden fallen. Er hat die Hauptversammlung vorzubereiten und überwacht die Durchführung ihrer Beschlüsse. Er überwacht die Einhaltung der Satzung durch die Mitglieder und ist Schlichtungsorgan für Streitigkeiten im Verein. Er hat insbesondere auch auf die pflegliche Verwaltung des Vereinsvermögens zu achten.
3. Für im Laufe eines Geschäftsjahres ausscheidende Mitglieder des Gesamtvorstandes können von diesem auf die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Hauptversammlung Ersatzmitglieder zugewählt werden.
4. Der Gesamtvorstand kann zur Erledigung bestimmter Angelegenheiten Ausschüsse bilden, die in dem beauftragten Bereich an seiner Stelle beschließen können.
5. Der Gesamtvorstand wird vom 1. Vorsitzenden nach Bedarf einberufen und geleitet. Er muß einberufen werden, wenn dies mindestens 3 seiner Mitglieder verlangen.
6. Der Gesamtvorstand beschließt mit einfacher Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Der Gesamtvorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder einschließlich einem Vorsitzenden anwesend sind. Die Vorsitzenden haben Stimmrecht. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

7. Über den Verlauf der Sitzungen des Gesamtvorstandes, insbesondere über die gefaßten Beschlüsse, ist vom Schriftführer ein Protokoll zu führen; dieses ist vom Schriftführer und vom 1. Vorsitzenden zu unterzeichnen.
8. Der Gesamtvorstand regelt in einer Geschäftsordnung die Geschäftsverteilung auf seine Mitglieder.
9. Der Gesamtvorstand kann Personen, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.

§ 9 – Auflösung des Vereins

1. Für den Fall der Auflösung bestellt die Hauptversammlung 2 Liquidatoren, die die Geschäfte des Vereins abzuwickeln haben. Sie stellen das vorhandene Vereinsvermögen fest und übergeben es zur treuhänderischen Verwahrung der Gemeinde Warthausen bis wieder ein Nachfolgeverein mit dem gleichen Vereinszweck gegründet wird. Ist nach Ablauf von 5 Jahren kein neuer tennistreibender Verein gegründet, so ist das Vereinsvermögen mit Zustimmung des Finanzamtes auf den Turn- und Sportverein Warthausen e.V. zur ausschließlichen Verwendung im Sinne des § 2 der Satzung oder zur sonstigen Förderung des Sports zu übertragen.
2. Entsprechendes gilt bei Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks.

§ 10

Vorstehende Satzung wurde am 15./16. 11 1984 von der Gründungsversammlung beschlossen und am 25. 01.1985 von der Hauptversammlung einstimmig bestätigt. Sie trat mit der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister beim Amtsgericht Biberach in Kraft.

Gegenüber der Satzung von 1985 wurde folgendes geändert:

- Namensänderung
- Aufnahme der Mitgliedschaft beim WLSB
- Erlöschen der Mitgliedschaft beim TSV Warthausen und der gleichzeitigen Mitgliedschaft in beiden Vereinen
- Umformulierung §9: Auflösung des Vereins.

Die Änderungen wurden von der 9. Hauptversammlung am 05. März 1993 einstimmig beschlossen.

Warthausen, März 1993